

Diffuse Ängste

Eine Dokumentation des Beitrags
von Prof. Dr. Renate Köcher
in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
Nr. 40 vom 17. Februar 2016

INHALT

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 40 vom 17. Februar 2016, S. 8, unter dem Titel:

"Diffuse Ängste. Viele fühlen sich heute unsicherer als noch vor einigen Jahren. Die gefühlte Bedrohung wuchs auch schon vor der Flüchtlingswelle."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Viele befürchten, dass die Kriminalität durch die Flüchtlinge steigen wird
	A	2	Angst, Opfer eines Verbrechens zu werden, ist schon vor der Flüchtlingswelle gestiegen - besonders bei Frauen
	A	3	Angst vor Flüchtlingen?
	A	4	Sorge über einen Anstieg von Gewalt und Kriminalität
	A	5	Wachsende Überzeugung: eine wirksame Verbrechensbekämpfung ist möglich
	A	6	Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung, die überwiegend kritisch gesehen werden
	A	7	Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung, die heute mehr Unterstützung finden als vor zehn Jahren
	A	8	Befürworter dieser Maßnahmen bei den Parteianhängern
	A	9	Gegner dieser Maßnahmen bei den Parteianhängern
		B	1
Schaubild		1	Wahrnehmung der Bürger: mehr Delikte
		2	Mehr Kriminalität durch Flüchtlinge?
		3	Wachsendes Bedrohungsgefühl
		4	No-go-Areas?
		5	Mehr Investitionen in innere Sicherheit

Originalmanuskript

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Diffuse Ängste

Seit den Vorkommnissen in der Silvesternacht in Köln werden auch in der öffentlichen Diskussion verstärkt kulturelle Prägungen, Regelakzeptanz und Risiken für die innere Sicherheit thematisiert. Der öffentliche Diskurs nimmt damit verspätet Sorgen auf, die die Bevölkerung schon seit Längerem bewegen und die auch seit Jahren zunehmen – lange bevor die Flüchtlingszahlen steil anstiegen. Das gilt gerade für die innere Sicherheit, die nach dem Empfinden der Bürger immer weniger garantiert ist.

Dieser Eindruck ist keineswegs erst in den letzten Wochen oder Monaten entstanden. Vor zehn Jahren hatten 47 Prozent der Bürger den Eindruck, dass die Kriminalität in Deutschland zunimmt, 2014 bereits 60 Prozent, jetzt 69 Prozent. Der Zustrom an Flüchtlingen ist damit nicht der entscheidende Auslöser dieser wachsenden Besorgnis, vergrößert sie jedoch. 79 Prozent der Bürger sind überzeugt, dass mit der Zahl der Flüchtlinge auch die Kriminalität zunehmend zu einem Problem wird; 43 Prozent erwarten nur einen begrenzten Anstieg der Straftaten, 36 Prozent jedoch erhebliche Auswirkungen. Sorgen über die Entwick-

Schaubild 1

Schaubild 2

lung der Flüchtlingszahlen korrelieren eng mit der Befürchtung, dass diese Entwicklung auch zu mehr Rechtsverstößen führen könnte. Von denjenigen, die über die Entwicklung der Flüchtlingssituation sehr besorgt sind, befürchten 60 Prozent erhebliche Auswirkungen auf die Zahl der Delikte.

Tabelle A 1

Die Sorge, persönlich durch Kriminalität gefährdet zu sein, nimmt schon seit Jahren auffallend zu. Vor fünf Jahren fühlten sich noch zwei Drittel der Bevölkerung sicher; 26 Prozent machten sich Sorgen, sie könnten Opfer eines Verbrechens werden. 2014 lag dieser Anteil bereits bei 45 Prozent, jetzt bei 51 Prozent. Nur eine kleine Minderheit davon fühlt sich akut bedroht. Dieser Kreis hat sich jedoch in den letzten Jahren verdreifacht, von 3 auf 9 Prozent. Überdurchschnittlich besorgt sind Frauen, Über-60-Jährige und die ostdeutsche Bevölkerung. 41 Prozent der Männer, aber 60 Prozent der Frauen fühlen sich nicht sicher; 5 Prozent der Männer, 12 Prozent der Frauen fühlen sich akut bedroht.

Schaubild 3

Tabelle A 2

Auch andere Indikatoren spiegeln das schon seit Jahren wachsende Bedrohungsgefühl, gerade auch in der weiblichen Bevölkerung. Der Anteil der Bürger, die in der Nähe ein Gebiet benennen können, in dem sie nachts nicht alleine unterwegs sein möchten, hat in den letzten zehn Jahren von 33 auf 44 Prozent zugenommen. Auch hier zeigen sich die über-

durchschnittlichen Ängste von Frauen: 30 Prozent der Männer, aber 56 Prozent der Frauen äußern diese Ängste. Das Bedrohungsgefühl hat bei Frauen weitaus stärker zugenommen als bei Männern. So ist der Anteil der Männer, die aus Sorge vor Übergriffen bestimmte Gebiete meiden, in den letzten zehn Jahren von 23 auf 30 Prozent gestiegen, bei Frauen von 42 auf 56 Prozent. Dieselbe Entwicklung zeigt sich bei den generellen Sorgen, Opfer eines Verbrechens zu werden. Noch vor fünf Jahren fühlten sich 71 Prozent der Männer und 60 Prozent der Frauen weitgehend sicher. Heute haben noch 54 der Männer, aber nur 37 Prozent der Frauen dieses Gefühl von Sicherheit. Auch hier zeigt sich, dass sich die Verunsicherung nicht erst in den letzten Monaten ausbreitete, sondern bereits zwischen 2011 und 2014. In diesem Zeitraum nahm der Anteil der Frauen, die sich nicht sicher fühlen, von 33 auf 51 Prozent zu und stieg bis heute weiter auf 60 Prozent.

Schaubild 4

Tabelle A 2

Die bisherige Struktur der Flüchtlinge mit einem weit überproportionalen Anteil junger Männer und ihre an vielen Orten zentrale Unterbringung in Notunterkünften verstärken solche Ängste, gerade auch in der weiblichen Bevölkerung. 24 Prozent der Bürger haben sich im Zusammenhang mit Flüchtlingen schon unterwegs unsicher und ängstlich gefühlt, von den Männern 18 Prozent, von den Frauen 31 Prozent. Dabei schätzen Frauen die Wahrscheinlichkeit, dass sich der Flüchtlingszu-

Tabelle A 3

strom auch in den Kriminalitätsstatistiken niederschlagen wird, nicht anders ein als Männer. Sie fühlen sich davon jedoch weitaus mehr persönlich betroffen.

Tabelle A 1

Mittlerweile führt die Befürchtung, dass Gewalt und Kriminalität künftig in Deutschland zunehmen werden, den Sorgenkatalog der Bevölkerung an. Diese Befürchtung ist seit 2014 von 52 auf 82 Prozent angestiegen. Aber so fatalistisch die Bürger zurzeit in Bezug auf die Lösbarkeit vieler Probleme sind: Bei der inneren Sicherheit ist die Mehrheit überzeugt, dass es durchaus aussichtsreiche Konzepte und Maßnahmen gibt, um die Zahl der Delikte zu vermindern. Diese Überzeugung ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen, parallel zu der immer kritischeren Bewertung des aktuellen Zustands der inneren Sicherheit. 2006 waren nur 32 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass die Zahl der Verbrechen zwar zunimmt, dass sich dieser Entwicklung jedoch Einhalt gebieten lässt. Heute vertreten 50 Prozent diese Position.

Tabelle A 4

Tabelle A 5

Die Bürger setzen vor allem auf eine Verstärkung und Aufrüstung der Polizei, auf Maßnahmen zur Überwachung und Kontrolle und die konsequente Abschiebung von straffälligen Asylbewerbern. 92 Prozent unterstützen mehr Personal für die Polizei, 90 Prozent eine bessere Ausrüstung der Sicherheitskräfte. Zwei Drittel möchten der Polizei auch mehr Rechte

Schaubild 5

und Kompetenzen zuweisen, unter anderem auch die Möglichkeit, Terrorverdächtige ohne Nachweis einer konkreten Straftat in Sicherheitsverwahrung zu nehmen.

90 Prozent halten es für richtig und wichtig, öffentliche Plätze wie Flughäfen oder Bahnhöfe kontinuierlich mit Kameras zu überwachen. 84 Prozent unterstützen eine Maßnahme, die bei Einreisen in die Vereinigten Staaten bereits selbstverständlich ist, die Erfassung von Fingerabdrücken von jeder Person, die einreist. Die Hälfte der Bevölkerung befürwortet auch die flächendeckende Erfassung und Speicherung des Fingerabdrucks aller Bürger, um die Verbrechensbekämpfung zu erleichtern. 81 Prozent fordern eine Erleichterung der Abschiebung von Asylbewerbern, die auch nur im Verdacht stehen, an einer Straftat beteiligt zu sein.

Schaubild 5

Die Mehrheit kann sich sogar für den verstärkten Einsatz der Bundeswehr im Innern erwärmen, zum Beispiel zum Schutz von Gebäuden und Personen. Es gibt nur drei Maßnahmen, die von der überwältigenden Mehrheit abgelehnt werden: Die eine ist eine Verschärfung der Strafe für besonders schwere Verbrechen durch die Wiedereinführung der Todesstrafe. Nur 17 Prozent befürworten die Todesstrafe; über die letzten Jahrzehnte hinweg ist die Haltung der deutschen Bevölkerung zur Todesstrafe immer kritischer geworden. Die deut-

sche Bevölkerung kann sich auch nicht vorstellen, dass von einer Wiedereinführung der Todesstrafe eine nennenswerte präventive Wirkung ausgehen würde.

Daneben werden vor allem Maßnahmen kritisch gesehen, die die innere Sicherheit aus der Verantwortung des Staates verstärkt in die Verantwortung der Bürger überführen. Weder die Gründung von Bürgerwehren noch die Erleichterung des Waffenbesitzes finden nennenswerte Unterstützung. Nur 18 Prozent befürworten die Gründung von Bürgerwehren, um der Kriminalität vorzubeugen, ganze 9 Prozent die Erleichterung des Waffenbesitzes für Privatleute. Privater Waffenbesitz wird schon seit Jahrzehnten in Deutschland außerordentlich kritisch gesehen. Auch vor zehn Jahren sprachen sich nur 8 Prozent für die Erleichterung des Waffenbesitzes aus, 83 Prozent dagegen. Die Haltung zu Bürgerwehren ist heute sogar noch kritischer als vor zehn Jahren. Damals hielten 24 Prozent dies für eine sinnvolle Maßnahme, jetzt nur noch 18 Prozent; der Kreis der Gegner hat sich in diesem Zeitraum von 53 auf 62 Prozent erhöht.

Schaubild 5

Tabelle A 6

Dagegen ist die Unterstützung für eine bessere personelle Ausstattung und auch Ausrüstung der Polizei signifikant angestiegen. Vor zehn Jahren sprachen sich 74 Prozent für die Einstellung von mehr Polizisten aus, 72 Prozent für eine bessere Ausrüstung der Polizei; heute

Tabelle A 7

gibt es in der Bevölkerung bei dieser Forderung einen denkbar breiten Konsens von über 90 Prozent.

Bei vielen Maßnahmen gibt es auch einen parteiübergreifenden Konsens. Das gilt in Bezug auf die Ausstattung der personellen Kapazitäten der Polizei und ihre Ausrüstung, für die Überwachung öffentlicher Plätze, die Abschiebung von straffälligen Asylbewerbern und die Erfassung von Fingerabdrücken bei der Einreise nach Deutschland. Diese Maßnahmen werden auch von der überwältigenden Mehrheit der Anhänger der Grünen und der Linken unterstützt; kritischer als die Anhänger anderer Parteien sehen sie dagegen vor allem den Einsatz der Bundeswehr im Innern. Die Anhänger der AfD befürworten nicht nur solche Einsätze der Bundeswehr überdurchschnittlich, sondern auch Sicherheitsverwahrungen für Terrorverdächtige, die Wiedereinführung der Todesstrafe, Bürgerwehren und die Erleichterung des Waffenbesitzes für Privatpersonen. Während sich die große Mehrheit der Anhänger der anderen Parteien sowohl gegen die Wiedereinführung der Todesstrafe wie gegen die Gründung von Bürgerwehren ausspricht, werden diese Maßnahmen nur von rund einem Viertel der Anhänger der AfD abgelehnt. Die Erleichterung des Waffenbesitzes wird zwar auch von der Mehrheit der AfD-Anhänger kritisch gesehen, jedoch weit weniger als von den Anhängern anderer Parteien: Während sich 83 Prozent der gesam-

Tabelle A 8

Tabelle A 9

ten Bevölkerung gegen die Erleichterung des Waffenbesitzes aussprechen, teilen 56 Prozent der Anhänger der AfD diese Haltung. Insgesamt zeigen die Anhänger der AfD eine deutlich überdurchschnittliche Neigung, die Verantwortung für innere Sicherheit auch bei den Bürgern selbst anzusiedeln; so befürworten nur 18 Prozent der Bevölkerung, aber 42 Prozent der Anhänger der AfD die Gründung von Bürgerwehren.

Was die wachsende Beunruhigung der Bevölkerung besonders bemerkenswert macht, ist der Abgleich mit der polizeilichen Kriminalstatistik. Sie weist für den Zeitraum ab 2006 weder einen Anstieg der erfassten Delikte noch eine größere Zahl von Delikten je 100.000 Einwohner aus. Für 2015 liegen noch keine Daten vor; zwischen 2006 und 2014 ging die Zahl der registrierten Delikte jedoch von 6,3 Millionen auf 6,08 Millionen zurück, die Zahl der Delikte je 100.000 Einwohner von 7.647 auf 7.530. Es gab jedoch unterschiedliche Entwicklungen bei den verschiedenen Gattungen von Straftaten. Wohnungseinbrüche – eine Deliktart, die die Bürger besonders aufmerksam registrieren – nahmen über mehrere Jahre signifikant zu: 2006 wurden 106.000 Wohnungseinbrüche registriert, 2014 152.000; im selben Zeitraum nahm die Zahl der Einbruchversuche von 39.000 auf 63.000 zu. Insgesamt lässt sich die erheblich gewachsene Beunruhigung der Bürger mit der faktischen Entwicklung der Kriminalität nur teilweise erklären. Die wachsende Besorgnis

verändert jedoch das Verhalten der Bürger
und die Erwartungen an die Politik.

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1.521
Befragungszeitraum:	01. Februar bis 11. Februar 2016
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Viele befürchten, dass die Kriminalität durch die Flüchtlinge steigen wird

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Glauben Sie, dass durch die Flüchtlinge die Kriminalität in Deutschland deutlich oder etwas steigt, oder glauben Sie das nicht?"

	Bev. insg. %	Männer %	Frauen %	Personen, denen die Flüchtlingssituation große Sorgen bereitet %
Kriminalität steigt deutlich	37	37.....	36	60
Steigt etwas.....	43	41.....	45	32
Glaube das nicht	15	18.....	14	5
Unentschieden, keine Angabe	5	4.....	5	3
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11052, Februar 2016

Angst, Opfer eines Verbrechens zu werden ist schon vor der Flüchtlingswelle gestiegen - besonders bei Frauen

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Manche Menschen haben ja Angst, es könnte ihnen etwas passieren, sie könnten Opfer eines Verbrechens werden. Wie sehr fühlen Sie sich durch Verbrechen bedroht? Würden Sie sagen, Sie fühlen sich ..."

	Bevölk. insg.		West	Ost	60 Jahre und älter
	2014 %	2016 %			
"sehr bedroht"	3	9	8	10	12
"etwas bedroht"	42	42	42	45	45
"nicht bedroht"	49	45	46	42	38
Unentschieden	6	4	4	3	5
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

	Männer			Frauen		
	2011 %	2014 %	2016 %	2011 %	2014 %	2016 %
"sehr bedroht"	2	2	5	3	5	12
"etwas bedroht"	21	37	37	30	47	48
"nicht bedroht"	71	55	54	60	43	37
Unentschieden	6	6	4	7	5	3
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10080, 11026 und 11052

Angst vor Flüchtlingen?

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Haben Sie im Zusammenhang mit der Flüchtlingswelle schon mal Angst gehabt, als sie unterwegs waren, oder war das noch nie der Fall?"

	Bevölkerung insgesamt %	Männer %	Frauen %
Schon mal Angst gehabt	24	18.....	31
Noch nie der Fall	69	74.....	63
Unentschieden, keine Angabe	7	8.....	6
	<hr/> 100	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11052, Februar 2016

Sorge über einen Anstieg von Kriminalität und Gewalt

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es soll einmal untersucht werden, was den Menschen heute Sorgen bereitet, was sie bedrückt. Könnten Sie diese Liste bitte einmal durchsehen, und mir alle Punkte nennen, von denen Sie sagen würden: Ja, das macht mir große Sorgen?" (Listenvorlage)

Bevölkerung insgesamt	
2014	2015
%	%

Auszug aus den Vorgaben

Dass Gewalt und Kriminalität zunehmen52.....82

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11026, 11050

Wachsende Überzeugung: eine wirksame
Verbrechensbekämpfung ist möglich

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Haben Sie den Eindruck, dass die Zahl der Verbrechen in Deutschland ganz allgemein zunimmt oder abnimmt oder in etwa gleich bleibt?"
Falls: 'Zahl der Verbrechen nimmt zu':

"Wie sehen Sie das, kann man gegen die wachsende Zahl der Verbrechen etwas tun, kann man das wirksam bekämpfen, oder ist man da machtlos?"

	Bevölkerung insgesamt	
	2006	2016
	%	%
Nimmt zu	47	69
Man kann etwas tun, wirksam bekämpfen	32	50
Man ist machtlos	10	12
Unentschieden	5	7
Nimmt ab	6	1
Bleibt in etwa gleich	40	26
Unentschieden, keine Angabe	7	4
	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7091, 11052

Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung,
die überwiegend kritisch gesehen werden

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Ich lese Ihnen jetzt verschiedene Maßnahmen zur
Verbrechensbekämpfung vor, und Sie sagen mit bitte jeweils,
ob Sie dafür oder dagegen sind."

"Was halten Sie davon, den Waffenbesitz für Privatleute zu erleichtern? Sind Sie
dafür oder dagegen?"

	Bevölk. insg.	
	2006	2016
	%	%
Dafür	8	9
Dagegen	83	83
Unentschieden, keine Angabe	9	8
	<hr/>	<hr/>
	100	100

"Sollte man Bürgerwehren gründen?"

	Bevölk. insg.	
	2006	2016
	%	%
Dafür	24	18
Dagegen	53	62
Unentschieden, keine Angabe	23	20
	<hr/>	<hr/>
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7091, 11052

Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung,
die heute mehr Unterstützung finden als vor
zehn Jahren

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Ich lese Ihnen jetzt verschiedene Maßnahmen zur
Verbrechensbekämpfung vor, und Sie sagen mit bitte jeweils,
ob Sie dafür oder dagegen sind."

"Dass man mehr Polizisten einstellt?"

	Bevölk. insg.	
	2006	2016
	%	%
Dafür	74	92
Dagegen	10	4
Unentschieden, keine Angabe	16	4
	<u>100</u>	<u>100</u>

"Eine bessere Ausrüstung der Polizei, sind Sie dafür oder dagegen?"

	Bevölk. insg.	
	2006	2016
	%	%
Dafür	72	90
Dagegen	11	4
Unentschieden, keine Angabe	17	6
	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7091, 11052

Befürworter dieser Maßnahmen bei den
Parteianhängern

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Ich lese Ihnen jetzt verschiedene Maßnahmen zur
Verbrechensbekämpfung vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie
dafür oder dagegen sind."

Es befürworten -	Bevölk. insg. %	Anhänger der -				
		CDU/ CSU %	SPD %	B.90/ Grüne %	Die Linke %	AfD %
Mehr Polizisten einstellen.....	92	93	97	85	77	98
Bessere Ausrüstung der Polizei	90	94	91	82	75	87
Überwachung öffentlicher Plätze wie Flughäfen, Bahnhöfe usw. mit Videokameras.....	90	95	90	80	77	89
Dass von jedem, der nach Deutschland einreist, Finger- abdrücke genommen werden	84	84	83	83	72	95
Leichtere Abschiebung von Asyl- bewerbern bei Verdacht auf Beteiligung an Verbrechen	81	87	78	64	74	99
Dass die Polizei mehr Rechte und Möglichkeiten bekommt.....	67	73	63	53	49	77
Dass man Terrorverdächtige ohne Nachweis einer konkreten Straftat in Sicherheitsverwahrung nehmen kann.....	64	70	61	42	50	91
Die Bundeswehr verstärkt im Inneren einsetzen, z.B. zum Schutz von Gebäuden und Personen	51	59	48	38	42	65
Speicherung eines genetischen Fingerabdrucks von allen Bürgern, um Verbrecher schneller zu identifizieren	49	53	46	42	35	56
Gründung von Bürgerwehren	18	15	15	17	12	42
Todesstrafe für besonders schwere Verbrechen.....	17	17	15	4	14	43
Den Waffenbesitz für Privatleute erleichtern.....	9	5	7	2	8	29

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11052, Februar 2016

Gegner dieser Maßnahmen bei den
Parteihängern

Tabelle A 9
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Ich lese Ihnen jetzt verschiedene Maßnahmen zur
Verbrechensbekämpfung vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie
dafür oder dagegen sind."

	Bevölk. insg.	Anhänger der -				
		CDU/ CSU	SPD	B.90/ Grüne	Die Linke	AfD
<i>Es sind dagegen -</i>	%	%	%	%	%	%
Mehr Polizisten einstellen.....	4	4	1	8	13	x
Bessere Ausrüstung der Polizei	4	2	4	8	17	1
Überwachung öffentlicher Plätze wie Flughäfen, Bahnhöfe usw. mit Videokameras.....	6	2	5	12	18	10
Dass von jedem, der nach Deutschland einreist, Finger- abdrücke genommen werden	8	6	9	11	18	2
Leichtere Abschiebung von Asyl- bewerbern bei Verdacht auf Beteiligung an Verbrechen	9	6	10	16	21	2
Dass die Polizei mehr Rechte und Möglichkeiten bekommt.....	15	13	13	18	42	6
Dass man Terrorverdächtige ohne Nachweis einer konkreten Straftat in Sicherheitsverwahrung nehmen kann.....	16	12	19	27	32	2
Die Bundeswehr verstärkt im Inneren einsetzen, z.B. zum Schutz von Gebäuden und Personen	30	26	28	39	43	27
Speicherung eines genetischen Fingerabdrucks von allen Bürgern, um Verbrecher schneller zu identifizieren	32	27	33	42	42	26
Gründung von Bürgerwehren	62	69	64	62	75	24
Todesstrafe für besonders schwere Verbrechen.....	66	70	67	84	67	28
Den Waffenbesitz für Privatleute erleichtern.....	83	88	81	95	90	56

x = unter 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11052, Februar 2016

Zweitstimmen		Gesamtdeutschland						
		CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
Bundestagswahl 27.09.2009		33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009:	Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010:	Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011:	Jahresdurchschnitt	33,5	5,0	28,5	19,0	7,5	-	6,5
2012:	Jahresdurchschnitt	35,5	4,5	29,0	14,5	6,5	-	10,0
Bundestagswahl 22.09.2013		41,5	4,8	25,7	8,4	8,6	4,7	6,3
2013:	Jahresdurchschnitt*	39,5	5,5	26,0	12,5	7,5	-	9,0
2014:	Jahresdurchschnitt	40,5	4,0	26,0	10,0	8,5	6,0	5,0
2015:	9. - 23. Januar	41,5	4,0	25,0	10,5	8,5	6,0	4,5
	1. - 12. Februar	41,0	5,0	25,5	9,5	9,0	6,0	4,0
	1. - 12. März	41,5	5,0	26,0	9,5	8,0	6,0	4,0
	28. März - 10. April	40,5	5,0	26,5	9,5	8,5	6,0	4,0
	2. - 18. Mai	41,5	5,0	25,5	9,5	9,0	5,0	4,5
	1. - 14. Juni	41,5	5,0	26,0	10,0	8,5	4,0	5,0
	1. - 31. Juli	40,5	5,5	25,5	10,0	9,5	4,0	5,0
	1. - 14. August	41,5	5,5	26,0	9,5	9,0	3,5	5,0
	15. - 31. August	41,0	6,0	25,5	10,0	9,0	4,0	4,5
	1. - 12. September	42,0	6,0	25,5	9,5	8,5	3,5	5,0
	3. - 16. Oktober	38,0	5,5	26,0	9,5	9,0	7,0	5,0
	19.Okt. - 2. November	37,5	5,0	26,0	9,5	8,5	8,0	5,5
	1. - 12. November	37,5	5,5	26,0	9,5	9,5	7,0	5,0
	28. Nov. - 10.Dezember	38,0	5,0	26,0	9,5	8,5	8,0	5,0
	Jahresdurchschnitt	40,0	5,0	26,0	10,0	9,0	5,5	4,5
2016:	7. - 21. Januar	35,0	6,5	25,0	9,0	9,5	10,0	5,0
	1. - 11. Februar	33,5	7,0	24,0	10,0	10,0	10,5	5,0

*) Wert für AfD in Sonstige eingerechnet

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie

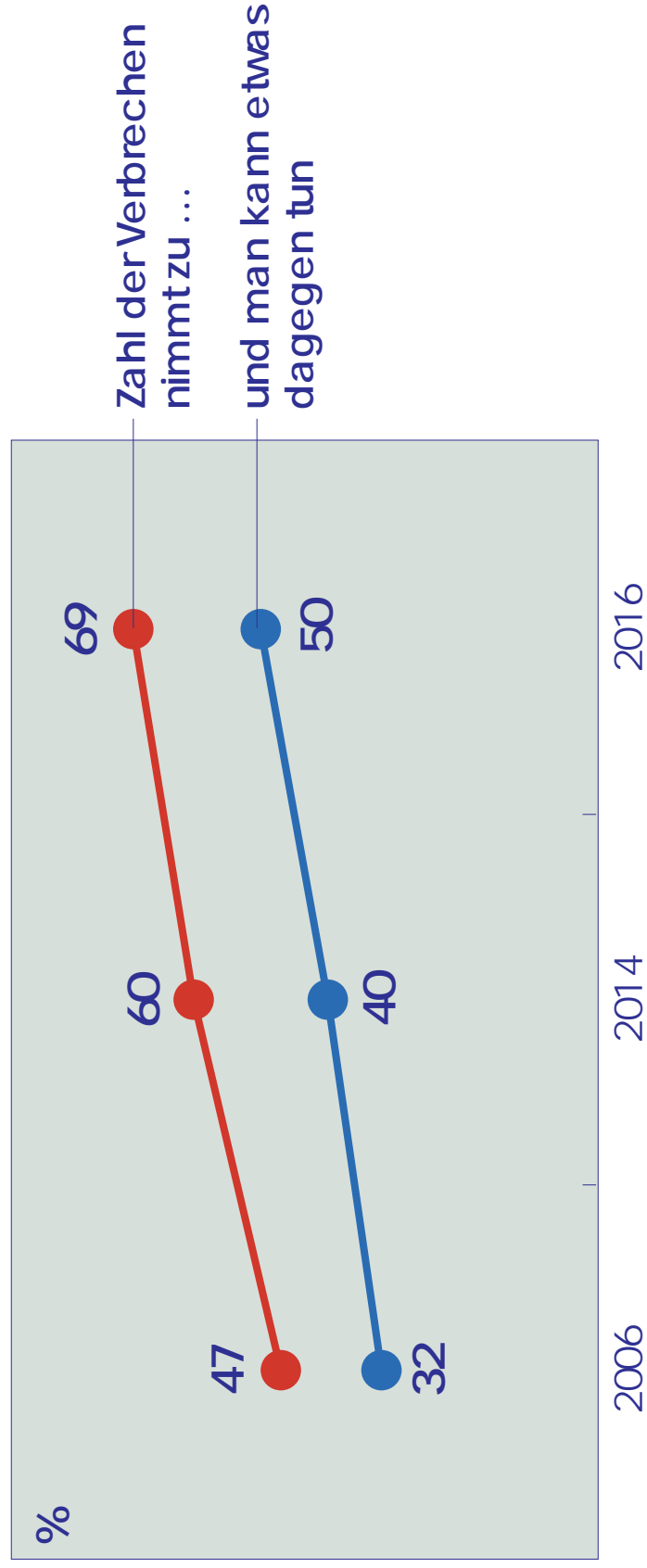
Schaubilder

Wahrnehmung der Bürger: mehr Delikte

Frage: "Haben Sie den Eindruck, dass die Zahl der Verbrechen in Deutschland ganz allgemein zunimmt oder abnimmt oder etwa gleich bleibt?"

Falls "Zahl der Verbrechen nimmt zu":

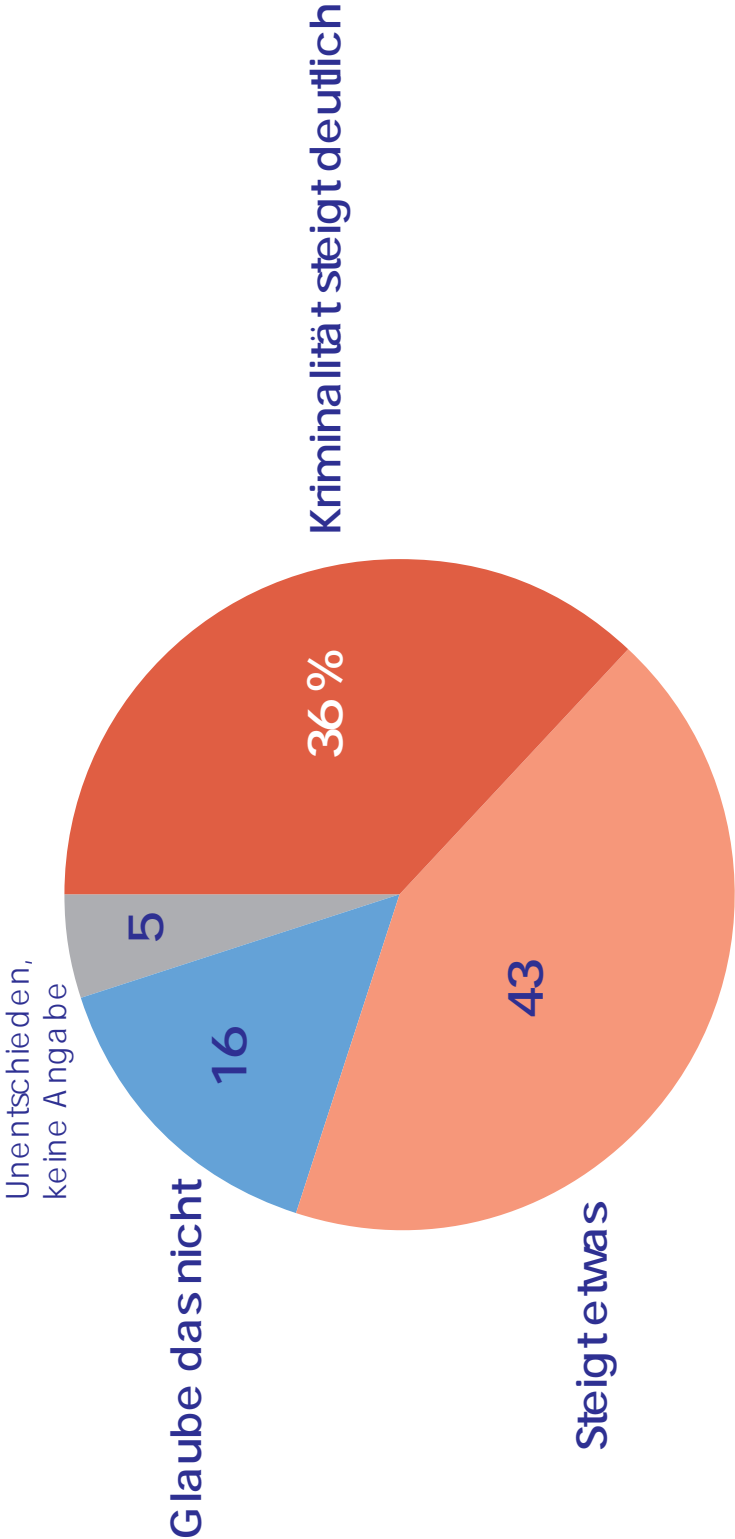
"Wie sehen Sie das, kann man gegen die wachsende Zahl der Verbrechen etwas tun, kann man das wirksam bekämpfen, oder ist man da machtlos?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7091, 11026, 11052

Mehr Kriminalität durch Flüchtlinge?

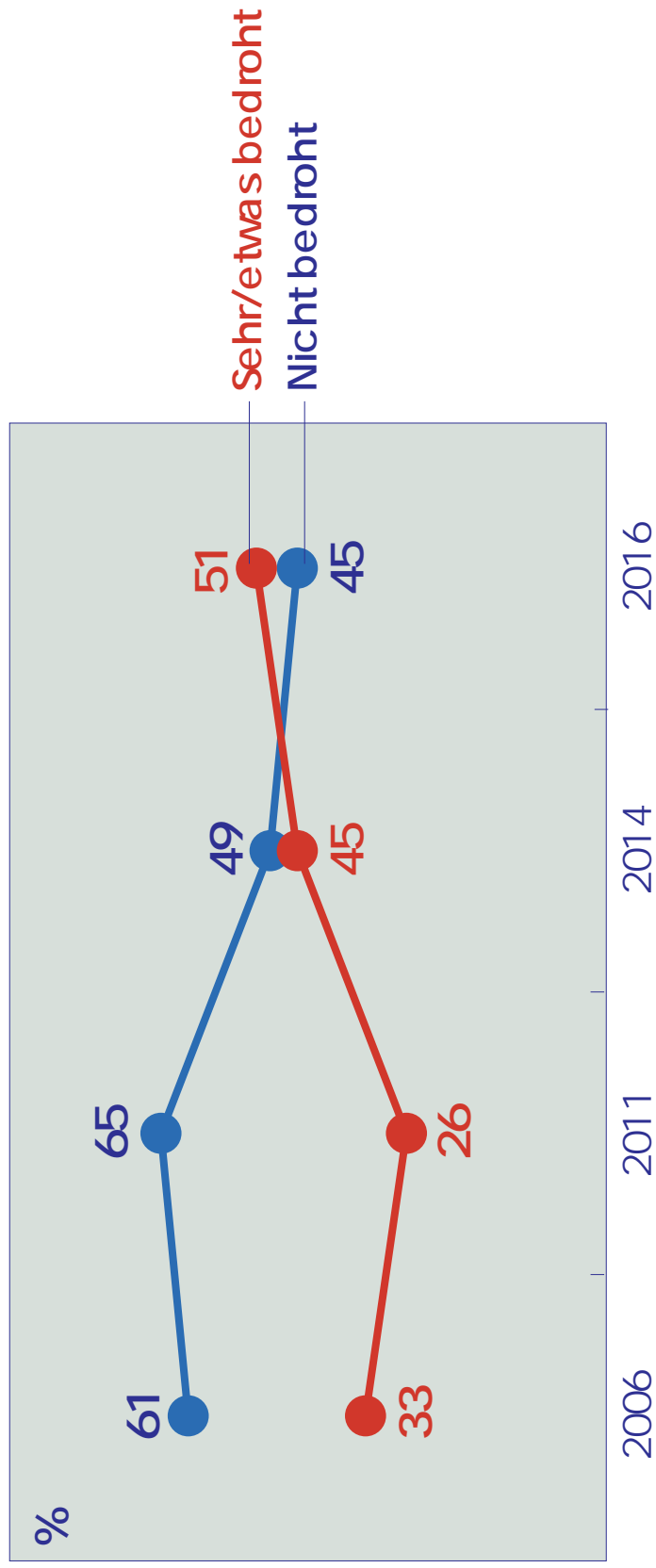
Frage: "Glauben Sie, dass durch die Flüchtlinge die Kriminalität in Deutschland deutlich oder etwas steigt, oder glauben Sie das nicht?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11052

Wachsendes Bedrohungsgefühl

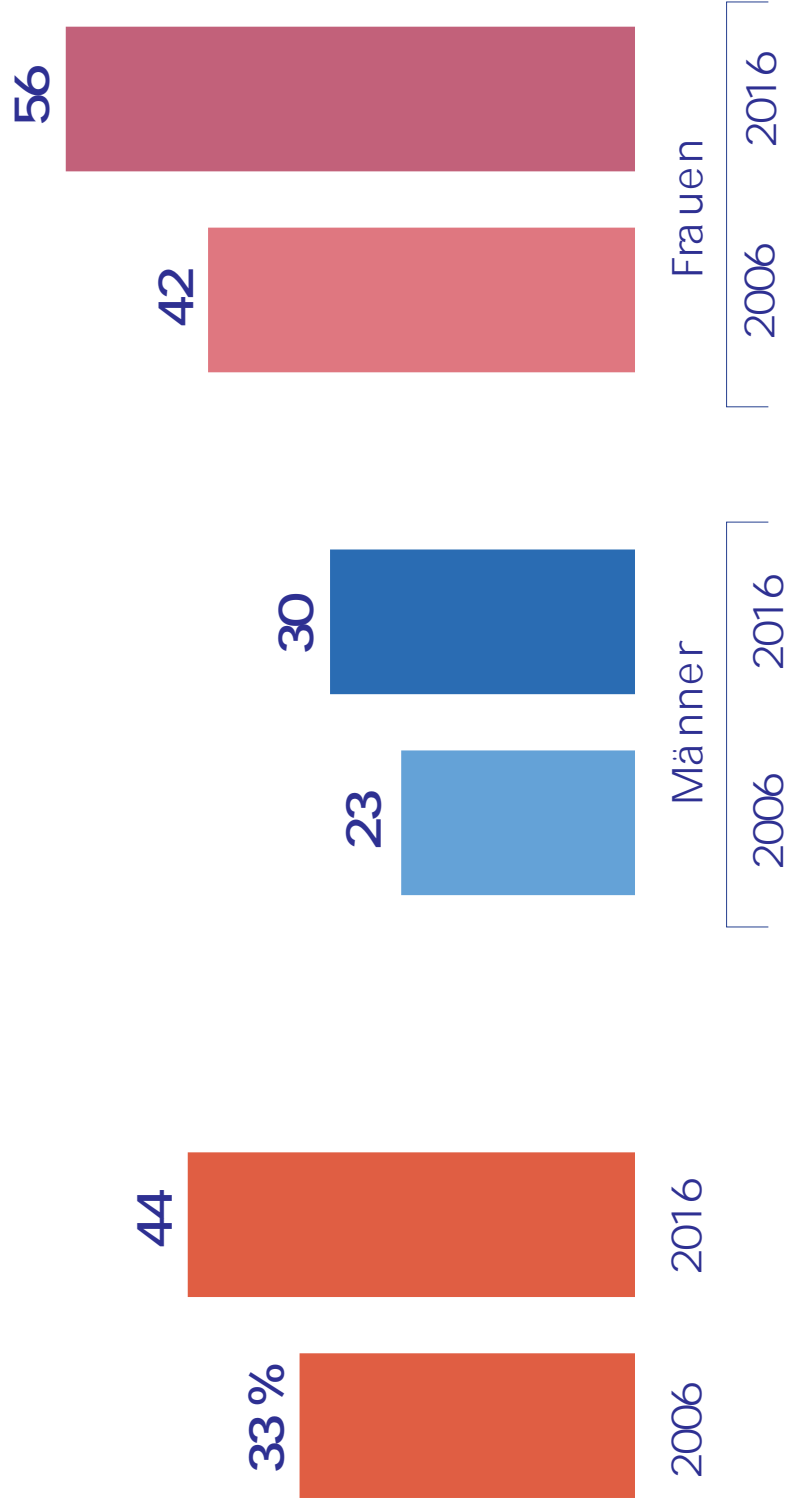
Frage: "Manche Menschen haben ja Angst, es könnte ihnen etwas passieren, sie könnten Opfer eines Verbrechens werden. Wie sehr fühlen Sie sich durch Verbrechen bedroht?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7091, 10080, 11026, 11052

No-go-Areas?

Frage: "Gibt es hier in der Nähe eigentlich ein Gebiet, durch das Sie nachts nicht alleine gehen wollen?"

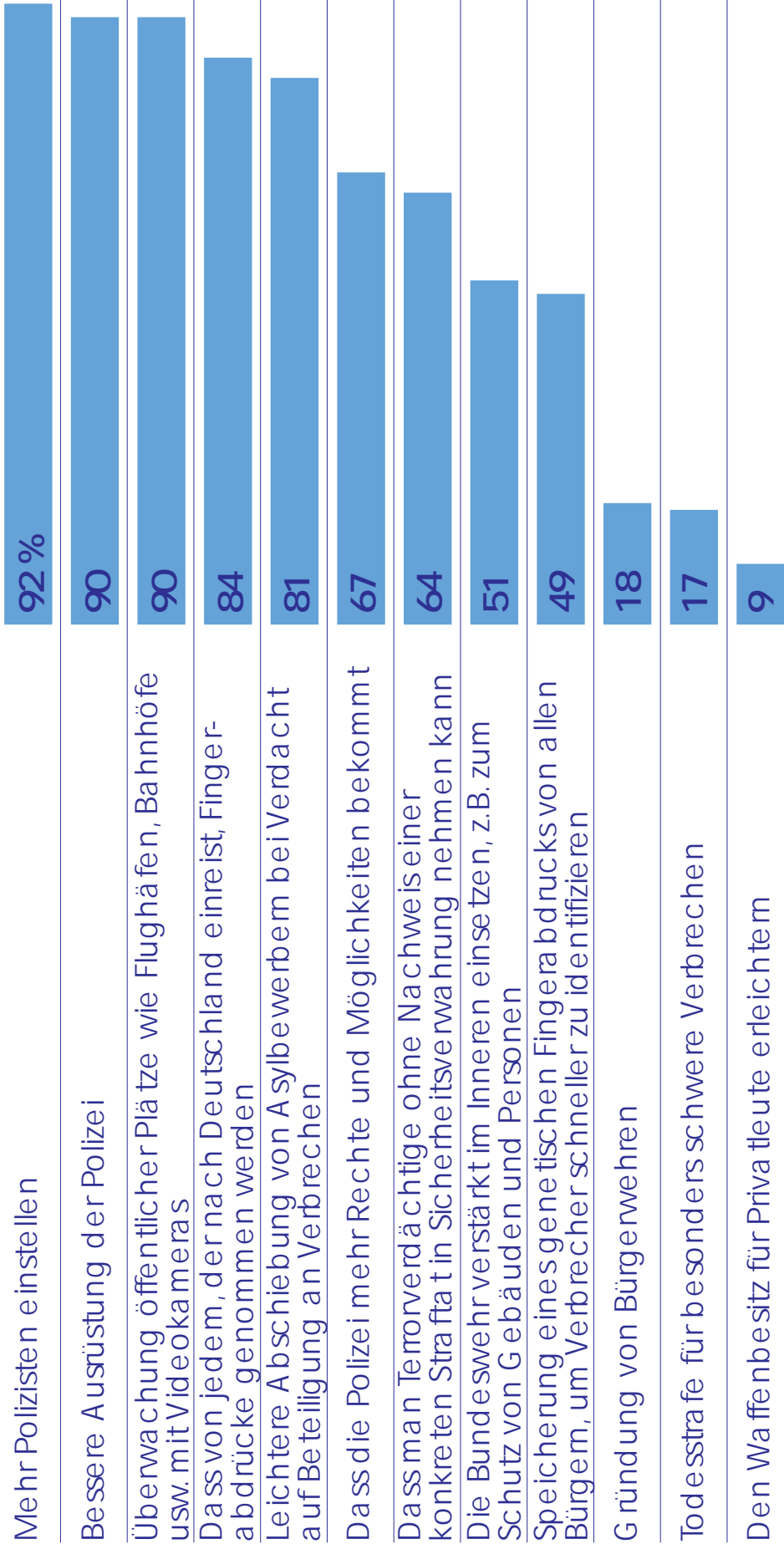


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7091 und 11052

Mehr Investitionen in innere Sicherheit

Frage: "Ich lese Ihnen jetzt verschiedene Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie dafür oder dagegen sind?"

Es befürworten -



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11052

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 40
vom 17. Februar 2016, S. 8, unter dem Titel:

"Diffuse Ängste. Viele fühlen sich heute unsicherer
als noch vor einigen Jahren. Die gefühlte
Bedrohung wuchs schon vor der Flüchtlingswelle"

